



An die Medien in Darmstadt und Umgebung

- per Email -

Darmstadt, den 06.11.2012

## **Ankündigung Darmstädter Wohngipfel am Sa., 10.11.2012**

### **„Bezahlbarer Wohnraum – aber wie?!“**

So lautet der Titel des „Darmstädter Wohngipfels“ am Samstag, den 10. November 2012, von 10 bis 16 Uhr im Darmstädter Schloss (Hörsaal 36), organisiert von DGB und Mieterbund Darmstadt, Studierendenausschüssen von TU Darmstadt und h\_da, unterstützt von weiteren Organisationen und Initiativen im „Darmstädter Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“. Die angekündigte Tagung ist die erste Veranstaltung dieses Bündnisses.

An eine kritische Bestandsaufnahme des Darmstädter Wohnungsmarktes, der Rolle der Bauverein AG und der Struktur des hiesigen Mietspiegels schließen sich drei parallele Workshops an. Darin werden Spielräume der Geschäftspolitik öffentlicher Wohnungsunternehmen, kommunalpolitische Instrumente zur Dämpfung der Mieten sowie die Situation des studentischen Wohnens in Darmstadt vertiefend diskutiert.

Ein Vertreter der Berliner Mieterbewegung berichtet, wie die Betroffenen der zunehmenden Wohnungsnot sich selbst organisieren und erfolgreich in die Politik eingreifen können. Der Deutsche Mieterbund trägt seine Forderungen an Bund, Länder und Kommunen vor, insbesondere zu den aktuell geplanten Verschlechterungen des Mietrechts. Abschließend werden im Plenum die Ergebnisse der Diskussionen mit dem Entwurf für ein Thesenpapier „11 Punkte für eine bessere Wohnungspolitik“ (siehe Anlage) abgeglichen und in einem Pressegespräch einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert.

Der Fachtag richtet sich an alle an Sozial- und Wohnungspolitik interessierten Menschen, insbesondere an Vertreterinnen und Vertreter von Sozialverbänden, Parteien, Initiativen und Betroffenen der zunehmenden Wohnungsnot. Die Teilnahme ist frei mit der Bitte um Anmeldung unter 06151-39970 bzw. [darmstadt@dgb.de](mailto:darmstadt@dgb.de).

Die Veranstalter wollen bewusst eine Alternative bieten zu den bisherigen Diskussionsangeboten in Darmstadt. „Die Veranstaltungen von Grünen und SPD dienen“, so der DGB-Vorsitzende Walter Erb, „vor allem der Profilierung der Bauverein AG, obwohl dieses Unternehmen in den letzten Jahren kaum zur Schaffung von sozial gefördertem und bezahlbarem Wohnraum beigetragen hat“.

Die Stimmen von Mieterbund und Studierendenvertretungen seien dabei nicht gefragt gewesen, obwohl diese die Probleme der Mieterinnen und Mieter und die Nöte der Studierenden bei der Wohnungssuche aus erster Hand kennen. Um aktuelle und repräsentative Daten zur studentischen Wohnsituation zu bekommen, haben die ASten eine Umfrage unter den Studierenden durchgeführt, deren Ergebnisse auf dem Wohngipfel vorgestellt werden.

Das „Darmstädter Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ ist angetreten, um einen kritischen Blick auf die Darmstädter Wohnungspolitik zu werfen und Alternativen aufzuzeigen.